

ge von Südkorea als Gastgeberland und die Flagge des Asiatischen Basketballvereins (Asian Basketball Confederation) zu hissen. Andererseits hat das Organisationskomitee der Mannschaft aus der VR China versprochen, daß alle Mannschaften mit Ausnahme Taiwans beim Einmarsch in das Stadion bei der Eröffnungsfeier ihre Nationalflagge tragen sollten. Die Mannschaft aus Taiwan, die nach den Vereinbarungen mit dem IOC sowie mit den FIBA (Federation of International Basketball Association) statt der Nationalflagge nur eine Mannschaftsflagge benutzen konnte, fühlte sich ungerecht behandelt und warf den Koreanern vor, die ursprüngliche Zusage gebrochen zu haben. Nachdem die taiwanesischen Mannschaft der Eröffnungsfeier zunächst fern geblieben war, stellte sie für die Teilnahme an den Spielen dem Veranstalter drei Bedingungen: 1. schriftliche Entschuldigung und öffentliches Zugeständnis des Fehlverhaltens; 2. schriftliche Zusage für ein Verbot des Wiederauftauchens der Nationalflagge der chinesischen Kommunisten am Ort des Spielplatzes; 3. Verzicht auf Nationalflaggen aller Mannschaften sowohl bei den Siegerehrungen als auch bei den Schlußfeier.

Laut Angaben der taiwanesischen Presse hat das koreanische Organisationskomitee die Bereitschaft geäußert, auf die ersten beiden Bedingungen einzugehen, aber die Annahme der dritten Forderung wegen Verletzung der FIBA-Bestimmungen abgelehnt. Darauf verließ die taiwanesischen Mannschaft aus Protest Südkorea. Bei der Ankunft am 9. April in Taipei wurde der Mannschaft großer Empfang gegeben. Die jugendlichen Basketballspielerinnen und -spieler marschierten demonstrativ in der Uniform, die sie bei der Eröffnungsfeier der Spiele in Seoul nicht zeigen konnten, hinter der Nationalflagge der Republik China in den internationalen Chiang-Kai-shek-Flughafen ein. Wie im Dezember des vorigen Jahres, nachdem das Seouler Landgericht die Berufung der sechs chinesischen Flugzeugentführer gegen das oben genannte Urteil eines Amtsgerichts derselben Stadt zurückgewiesen hatte (s. C.a., Dez. 1983, S.742., Ü 44), gab es vor der koreanischen Botschaft in Taipei Massendemonstrationen. In vielen Läden waren die koreanischen Kunden nicht mehr erwünscht. Der Vorstandsvorsitzende des staatlichen Stromwerkes Taipower, Chen Langao, hat an alle seine Untergeordneten appelliert, keinen koreanischen Ginseng zu essen, Einladungen nach Korea abzulehnen und nicht mit einem koreanischen Flugzeug zu fliegen. -ni-

## HONGKONG UND MACAU

\*

\*

\* \* \* \* \*

\*(48)

### Erste offizielle Bestätigung über die Aufgabe britischer Souveränität über Hongkong im Jahre 1997

Vom 11.-12. und 27.-28. April fand die 12. bzw. 13. Runde der sino-britischen Verhandlungen über die Zukunft Hongkongs in der chinesischen Hauptstadt Beijing statt. Zwischen diesen beiden Runden hat der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe vom 15.-18. April die VR China besucht, und in seinen Gesprächen mit den chinesischen Führern ging es hauptsächlich auch um das Thema Hongkong. Obwohl beide Seiten über den Fortgang der Verhandlungen keine konkrete Aussage machen wollten, ließ sich ein baldiges Übereinkommen in dieser Frage immer deutlicher erkennen.

Auf einer Pressekonferenz in Hongkong sagte Außenminister Howe am 20. April, daß es nicht realistisch sei, an ein Abkommen zu glauben, das nach 1997 die Fortsetzung der britischen Verwaltung in Hongkong gewähre. Dies wurde allgemein als die erste offizielle Bestätigung Londons von der Rückgabe Hongkongs an China nach Ablauf des Pachtvertrages für die "New Territories" 1997 bewertet, die mehr als 90% der Gesamtfläche Hongkongs umfassen. Gleichzeitig äußerte Howe seine Zuversicht, daß Hongkong als ein Teil Chinas mit einer hohen Autonomie sein jetziges Gesellschaftssystem einschließlich des Wohlstands und der persönlichen Freiheiten der Einwohner aufrechterhalten werde. Er wies darauf hin, daß China öffentlich eine Frist von 50 Jahren zur Aufrechterhaltung der Prosperität und Stabilität Hongkongs geäußert habe. Die britische Regierung, so Howe, bemühe sich zur Zeit darum, die Grundsätze für dieses Ziel in einen Vertrag mit China einzubeziehen. (DGB, Luftausgabe, 22.4.84).

Auf der chinesischen Seite haben sowohl der chinesische Außenminister Wu Xiuquan als auch das Mitglied des chinesischen Staatsrats und gleichzeitige Direktor des Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus, Ji Pengfei, am 14. bzw. 19. April die Möglichkeit geäußert, noch vor dem kommenden September bei den sino-britischen Verhandlungen eine erste Vereinbarung zu erreichen (DGB, Luftausgabe, 16. u. 21.4.84). In der Vergangenheit hat die chinesische Seite mehrmals betont, daß sie im September 1984 einseitig ein Programm für die Zukunft Hongkongs veröffentlichen werde, falls man bis dahin am Verhandlungstisch

keine sino-britische Übereinkunft erzielen könne.

Zu weiteren Einzelheiten der Planung Chinas für Hongkong nach 1997 hat Ji am 21. April gesagt, daß alle Ausländer nach 7 Jahren Aufenthalt in Hongkong das Bürgerrecht erhalten könnten, d.h. sie könnten wählen oder gewählt werden. Darüber hinaus, so Ji, würden die Guomindang (Kuomintang)-Leute aus Taiwan und ihre Institutionen in Hongkong wie die anderen Einwohner und Körperschaften gleich behandelt, wenn sie die dortigen Gesetze befolgten. Die Wirtschaftsbeziehungen Taiwans mit Hongkong würden auch nicht verändert werden (DGB, Luftausgabe, 23.4.84). -ni-